



Jürgen Kerner

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

1. Mai: Die Arbeit der Zukunft gestalten wir

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2015 in Singen

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Region rund um den Bodensee ist ein herrliches Fleckchen. Das habe ich bei meiner Anreise wieder erleben dürfen.

Damit meine ich nicht nur den Freizeit- und Erholungswert, den Eure Heimat bietet.
Damit meine ich vor allem die Wertschöpfung, die Ihr – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – Tag für Tag mit Fleiß und Kompetenz erbringt.

Ihr – die Kolleginnen und Kollegen am Bodensee – leistet einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand in Deutschland!

Ich freue mich, heute hier in Singen zu sein. Hier bei Euch.
Und ich freue mich, dass so viele dem Aufruf der Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes gefolgt sind.

„Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“ Unter dieses – durchaus offensive – Motto haben wir den 1. Mai 2015 gestellt.
Und zwar ganz bewusst, Kolleginnen und Kollegen.

125 Jahre 1. Mai

Denn heute ist der 1. Mai ein besonderer Maifeiertag. Wir feiern das 125-jährige Jubiläum.

Jubiläen sind immer Anlass, um zurückzuschauen.

Für den 1. Mai müssen wir zurückgehen ins Jahr 1886 in die Vereinigten Staaten von Amerika, und zwar nach Chicago.

Dort hatte die nordamerikanische Arbeiterbewegung für den 1. Mai zum Generalstreik aufgerufen, um den Achtsturentag durchzusetzen. Üblich waren damals zwölf Stunden am Tag.

Der größte Streik fand in Chicago statt und umfasste rund 90.000 Teilnehmer. Die Situation war angespannt, die Miliz wurde in Bereitschaft versetzt.

Die Streiks und Demonstrationen wurden über den 1. Mai hinaus fortgesetzt.

Als am 3. Mai die Polizei einschritt, um eine Versammlung von Streikenden aufzulösen, wurden sechs Arbeiter erschossen und weitere verletzt.

Am 4. Mai warf jemand eine Bombe in die Menge, die sich am Haymarket-Square versammelt hatte. Zwölf Menschen, darunter ein Polizist, starben vor Ort. Sechs weitere Polizisten erlagen später ihren Verletzungen.

Die Polizei eröffnete das Feuer und tötete und verletzte eine unbekannte Zahl von Arbeitern. Bis heute ist unklar, wer die Bombe geworfen hat.

Dennoch wurden acht Männer, die den Streik mitorganisiert hatten, angeklagt und für schuldig befunden.

Es gab keine Beweise für eine Verbindung der Angeklagten zum Bombenanschlag. Aber der Richter argumentierte, dass der Bombenwerfer auf Grund der Ideen dieser Männer gehandelt habe und diese damit genauso schuldig seien, als hätten sie selbst den Anschlag verübt.

Vier der Mitorganisatoren wurden erhängt, einer beging Selbstmord, zwei Todesurteile wurden in lebenslange Haft umgewandelt, einer erhielt 15 Jahre Gefängnis.

Die Verurteilungen führten zu einem Aufschrei in internationalen Arbeiterkreisen und zu Protesten rund um die Welt.

Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationale 1889 wurde zum Gedenken an die Opfer des Haymarket Riot der 1. Mai als „Kampftag der Arbeiterbewegung“ ausgerufen.

Am 1. Mai 1890 wurde der Gedenktag zum ersten Mal mit Massenstreiks und Massendemonstrationen in der ganzen Welt begangen.

Kolleginnen und Kollegen,

ich war Ende April eine gute Woche in den USA. Dort habe ich auch mit den Präsidenten einiger Gewerkschaften gesprochen.

Glaubt mir, Gewerkschaftsarbeit ist in den USA hartes Brot – insbesondere in den Südstaaten.

Ihr erinnert Euch sicher an die politische Kampagne gegen die United Auto Workers bei Volkswagen in Chattanooga, Tennessee.

Dort hat die Gouverneurin von den Republikanern gewerkschaftliche Radiospots gesendet.

Auch wenn das für uns nicht vorstellbar ist – das war kein Ausrutscher.

Heute muss man fast alle Senatoren, Kongressabgeordnete und Gouverneure der Republikaner als gewerkschaftsfeindlich einstufen.

Und auch die Obama-Administration hat die Bedingungen für Gewerkschaften nicht verbessert.

Kolleginnen und Kollegen,

viele deutsche Unternehmen sind in anderen Ländern tätig, gerade auch in den USA.

Uns muss es ein Anliegen sein, dass die Kolleginnen und die Kollegen sich auch an Standorten im Ausland gewerkschaftlich organisieren können, ohne dass sie Repressalien ausgesetzt werden.

Uns muss es ein Anliegen sein, sie dabei zu unterstützen und unseren Werkzeugkasten für die internationale Arbeit mit neuen Werkzeugen anzureichern.

Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir nach Deutschland schauen, dann dürfen wir feststellen:

In den 125 Jahren 1. Mai konnten wir Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftler vieles durchsetzen.

Dazu gehört, dass wir hier heute stehen und demonstrieren können, ohne verfolgt zu werden.

Dazu gehört, dass der Betrieb kein demokratiefreier Raum mehr ist.

Dazu gehören

- Anspruch auf ausreichend Urlaub
- Lohnfortzahlung bei Krankheit
- Arbeitszeitverkürzung – und vieles mehr

Kolleginnen und Kollegen!

Das alles fiel nicht vom Himmel!

Das haben wir erkämpft!

Darauf können wir stolz sein.

Heute zeigen wir auch hier in Singen klar und deutlich: Wir gehen unseren Weg weiter. Für Gute Arbeit. Für ein Gutes Leben. Und für mehr Gerechtigkeit in Deutschland, in Europa, auf der Welt.

Kolleginnen und Kollegen,

viel wird derzeit über Freihandel gesprochen. Vom Prinzip her ist der ja auch nicht falsch.

Nur wie es die EU in der Vergangenheit mit TTIP gemacht hat, ist ein Lehrstück von miserabler Politik.

Ich habe ja Verständnis, wenn nicht alle Verhandlungen öffentlich sein können. So ist das nun mal bei Verhandlungen, wo sich die Verhandlungspartner bewegen können müssen, ohne gleich das Gesicht zu verlieren.

Aber: Es kann nicht sein, dass daraus völlige Intransparenz wird. Die Zeiten der Geheimdiplomatie sind endgültig vorbei!

Viele Menschen wurden dadurch misstrauisch. Zurecht.

Mehr Transparenz wurde erst auf Druck von gesellschaftlichen Gruppen hergestellt.

Und die enorme Problematik von privaten Schiedsgerichten und der mögliche Druck auf Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards wurden auch nur thematisiert, weil gesellschaftliche Gruppen – inklusive Gewerkschaften – nicht nachgelassen haben.

Kolleginnen und Kollegen,

wir haben grundsätzlich nichts gegen Freihandel.

Wir lehnen aber Abkommen ab, die unsere Standards senken sollen.

Wir lehnen Abkommen ab, die allein im Dienste der Verwertungsinteressen des Kapitals stehen.

Was wir wollen, sind Investitionen in Arbeit, Umwelt, Gesundheit und Bildung.

Das sehen unsere US-amerikanischen Kolleginnen und Kollegen übrigens genauso.

Natürlich wünschen sie sich, dass ihr Land endlich alle Kernnormen der ILO anerkennt.

Aber sie sorgen sich auch, dass z.B. ihre US-amerikanischen Lebensmittelnormen aufgeweicht werden. Sie haben dieselben Sorgen wie viele Menschen in Deutschland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in Europa sind wir noch lange nicht über dem Berg. Freilich: Es heißt, in Spanien bessere sich die Lage. Auch in Portugal.

Aber Griechenland droht weiterhin der Absturz.

Aus der Bankenkrise ist eine Staatskrise geworden.

Sicher: In Griechenland herrschte jahrzehntelang Vetternwirtschaft. Egal, welche Partei die Regierung stellte.

Die jetzige Links-Rechts-Regierung steht vor der Herausforderung, das ganze Land umzukrempeln.

Ich hoffe für die Griechinnen und Griechen zutiefst, dass das gelingt.

Gleichzeitig bleibt meine Skepsis, weil ich schlichtweg rechtslastigen Parteien nicht nur nicht traue. Aus meiner Sicht müssen sie bekämpft, nicht an Regierungen beteiligt werden.

Kolleginnen und Kollegen,

in Griechenland ist sicher in der Vergangenheit einiges falsch gelaufen.

Und durch die Austeritätspolitik ist nichts besser geworden!

Im Gegenteil!

Immer noch meinen viele so genannte oder auch selbsternannte Experten,

Kürzungen bei Löhnen und Renten seien notwendige Strukturreformen.

Oft genug die gleichen Experten, die der hemmungslosen Zockerei auf den Finanzmärkten das Wort geredet haben!

Ich sage: Es ist menschenverachtend, wenn auf dem Rücken der Beschäftigten, Arbeitslosen, Kranken und Alten gekürzt wird.

Ich sage: Wer Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte zurückschraubt, der verlässt den europäischen Wertekonsens.

Und ich frage: Wann werden Reiche endlich höher und damit gerecht besteuert?

Wann werden endlich die Steueroasen trocken gelegt?

Kolleginnen und Kollegen,

für uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist selbstverständlich: Wir stehen zu den Menschen in Griechenland, in Spanien und den anderen Ländern, die unter den Folgen der Finanzkrise und der Austeritätspolitik leiden.

Wir stehen genauso zu Menschen auf der Flucht vor Krieg, Unterdrückung und Katastrophen.

Kolleginnen und Kollegen,

ich schäme mich – ich schäme mich für die Flüchtlings- und Asylpolitik der Europäischen Union.

Ich schäme mich für eine Europäische Union, die erst dann ihren Irrwitz überdenkt, wenn schon viele, sehr viele Menschen den Tod erlitten haben.

Wenn wir uns heute auf der Welt umschauen, müssen wir eine Unordnung feststellen. Eine Unordnung mit krisenhaften Zuspitzungen, für die wir neue Antworten brauchen.

Diese Krisen haben zudem drei Eigenschaften gemeinsam:

- Erstens: Sie waren nicht vorhersehbar.
- Zweitens: Sie entwickeln sich rasant.
- Drittens: Sie betreffen auch uns unmittelbar.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat daher im letzten Jahr die Grundlagen und Ausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik überprüfen.

Das Ergebnis kann man kurz zusammenfassen:

Die Krise ist heute der Normalfall.

Kolleginnen und Kollegen,

ich meine, auch wir Gewerkschaften stehen vor der Herausforderung, unsere Haltungen zu reflektieren und unser friedenspolitisches Fundament zu erneuern.

Angesichts der Krisen ihrer Folgen können wir den Kopf nicht in den Sand stecken nach dem Motto „Was geht das uns an?“.

Wir müssen diesen Diskurs führen.

Kolleginnen und Kollegen,

ich habe vorhin gesagt, dass rechtslastige Parteien und Bewegungen bekämpft werden müssen.

Leider müssen wir feststellen, dass nicht nur europäischen Ländern wie Frankreich, Griechenland oder Ungarn rechtsextreme Parteien Stimmen gewinnen.

Auch in Deutschland irrlichtern viele, zu viele Menschen mit den selbsterklärten Rettern des Abendlandes durch die Städte und hetzen gegen Asylsuchende, gegen Muslime.

Ja, der Zenit dieser so genannten Spaziergänge ist sicher längst überschritten.

Aber einmal mehr wurde uns deutlich vor Augen geführt, dass der vergiftete, faschistoide Samen immer noch braune Fleckchen findet, auf denen er gedeiht.

Für uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist klar: Wo Menschenrechte verachtet werden, stehen wir dagegen auf.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus hat in unseren Betrieben nichts zu suchen!
Wer Fremdenfeindlichkeit schürt, gehört nicht zur Gewerkschaftsbewegung!

Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen für die solidarische Gesellschaft, für den Ausgleich zwischen wirtschaftlich Starken und Schwachen, zwischen Jung und Alt.

Mindestlohn, abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren, Regulierung der Leiharbeit – es rührt sich etwas im Land!

Und zwar auch einmal für die Beschäftigten!

Die andere Seite reibt sich die Augen und fragt sich, ob man in einem anderen Land aufgewacht sei.

Wie? Die Regierung macht nicht mehr genau das, was der Bundesverband der Industrie und der Bundesverband der Arbeitgeber ihr einflüstern?

Erschrocken schlagen sie um sich. Große Kampagnen werden aufgeboten. Gegen die Rente mit 63. Gegen den Mindestlohn. In Berlin hängten sie ganze Hauswände voll mit ihren Parolen gegen die Beschäftigten!

Und jammern über das Bürokratiemonster Mindestlohn.

Leider sind ihnen in der CDU schon zu viele auf den Leim gegangen.

Und Horst Seehofer findet, insbesondere die Erfassung von Arbeitszeiten sei ein „Irrsinn an Bürokratie“. Ja klar, Horst.

Das Mindestlohngesetz versucht Recht und Ordnung in einen Bereich zu bringen, in dem bislang Regeln missachtet wurden und in dem offenbar Sozialversicherungsbetrug als ein Kavaliersdelikt gilt.

Die Kreativität mancher Arbeitgeber kennen keine Grenzen, wenn es darum geht, die Beschäftigten um den Mindestlohn zu prellen.

Was die Kolleginnen und Kollegen berichten, ist haarsträubend:

- Es wird die Arbeitszeit reduziert, so dass der Lohn gleich bleibt, die Arbeit aber in weniger Zeit geschafft werden muss.
- Es werden Zuschläge, Weihnachts- und Urlaubsgeld in den Grundlohn eingerechnet.
- Es werden die Urlaubstage reduziert.
- Oder es werden gar Gutscheine für Solarium oder Kino statt Mindestlohn ausgegeben.

Das zeigt doch mehr als deutlich, dass nicht weniger, sondern mehr Transparenz notwendig ist. Statt weniger Kontrolle ist mehr Kontrolle nötig!

Deshalb fordern wir die Regierung auf, die Finanzkontrolle Schwarzarbeit personell aufzustocken.

Der Volksmund sagt: Wer nicht hören will, muss fühlen!

Wenn ein Arbeitgeber foul spielt, dann muss die Strafe umgehend folgen. Schnell und hart!

Kolleginnen und Kollegen,

der Mindestlohn ist ein wichtiger Baustein, um den Arbeitsmarkt neu zu ordnen. Ein notwendiger Baustein, dem weitere folgen müssen.

Bei der Leiharbeit sind wir durch unsere Tarifverträge einen guten Schritt weiter.

Wir bleiben dran.

Nun ist es aber an der Zeit, endlich auch den Missbrauch von Werkverträgen zu verhindern!

Wir dürfen jetzt nicht nachlassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir wollen keine Zwei-Klassen-Belegschaften.

Wir wollen einen solidarischen Arbeitsmarkt.

Die Bundesregierung muss liefern:

- Kein Missbrauch von Werkverträgen!
- Keine Werkverträge als Lohndumping-Methode!
- Keine Werkverträge hinter dem Rücken des Betriebsrats!

Wir wollen gute, faire und sichere Arbeit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Gute Arbeit, das heißt auch: Gut in Rente.

Mit dem Rentenpaket haben wir einen Meilenstein erreicht.

Wir haben dafür gesorgt, dass endlich wieder echte Leistungsverbesserungen beschlossen wurden.

Davon profitieren rund zehn Millionen Versicherte.

Das ist keine Frage von Wettbewerbsfähigkeit oder Haushaltspolitik.

Das ist eine Frage von Gerechtigkeit und Respekt vor einer lebenslangen Leistung.

Die Rente mit 67 lehnen wir nach wie vor ab.

Und wir wollen auch nicht, dass es neue Normalität wird, über das Rentenalter hinaus weiterarbeiten zu müssen.

Die Rente muss zum Leben reichen.

Das Rentenniveau muss stimmen.

Millionen droht in Zukunft Altersarmut, wenn die Politik hier nicht endlich umsteuert.

Kolleginnen und Kollegen,

dazu gehört auch die betriebliche Altersvorsorge.

Die Große Koalition hat sich vorgenommen, diese zu reformieren.

Jetzt müssen CDU/CSU und SPD auch liefern!

Aus unserer Sicht soll die Betriebsrente als ergänzende betriebliche Sozialleistung dazu beitragen, den Lebensstandard zu sichern.

In ihrer heutigen Form kann sie das nicht, sie muss weiterentwickelt werden.

Kolleginnen und Kollegen,

heute hat nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten die Möglichkeit für eine Betriebsrente.

Freilich: In Großunternehmen gehört eine Betriebsrente fast zum Standard.

Aber in kleinen und mittleren Firmen ist die Betriebsrente viel zu wenig etabliert.

Von den 3,3 Millionen Firmen mit unter zehn Beschäftigten haben 70 Prozent keine Ansprüche auf eine betriebliche Altersversorgung.

In den Firmen von zehn bis 49 Mitarbeitern gehen 60 Prozent leer aus.

Kolleginnen und Kollegen,

das ist doch ein Wink mit dem Zaunpfahl!

Wir müssen die Arbeitgeber deutlich stärker in die Pflicht nehmen.

Bislang haben Beschäftigte nur den Anspruch, eigenes Entgelt in eine betriebliche Altersversorgung umwandeln zu können.

Ich sage: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen nicht mehr um eine Betriebsrente betteln müssen!

Damit muss jetzt ein für alle Mal Schluss sein!

Deshalb sind die Unternehmen zu verpflichten, die Betriebsrente als zusätzliche Altersversorgung anzubieten und sich angemessen an deren Finanzierung zu beteiligen.

Eine Mindestleistung muss garantiert sein.

Die angesparte Summe soll zudem steuerlich begünstigt werden.

Außerdem fordern wir:

- eine Berufsunfähigkeitsversicherung, die die allgemeinen Lebensrisiken wie Invalidität und eine Hinterbliebenenversorgung bei Alter und Tod beinhaltet
- den Ausgleich von lebensphasenorientierten Arbeitszeitreduzierungen
- Verbesserungen bei der Übertragung der Versorgungsansprüche bei Jobwechsel
- Erweiterte Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte

- Anpassungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen bei der Steuer- und Sozialversicherung

Kolleginnen und Kollegen,

Wir erleben heute Entwicklungen, die in Kombination und in Wechselwirkungen grundlegend neue Verhältnisse schaffen können:

- die Globalisierung und Urbanisierung,
- die Digitalisierung und Automatisierung
- der demografische Wandel
- die Klimaerwärmung

Industrie 4.0 ist derzeit in aller Munde.

Neue Robotergenerationen kommen, ebenso neue Werkstoffe, Nanotechnologien oder 3D-Druck.

Ich bin davon überzeugt, dass diese Entwicklungen nicht nur Trends sind, die vielleicht morgen oder übermorgen die gängige Produktionsweise etwas verbessern.

Ich bin davon überzeugt,

- dass wir einen neuen Wandel der Produktionsprozesse erleben und
- dass sich das Denken über industrielle Fertigung ändern wird.

Kolleginnen und Kollegen,

wir müssen uns natürlich den daraus resultierenden Herausforderungen stellen und gewerkschaftliche Konzepte entwickeln.

Stichworte sind zum Beispiel Fachkräfteentwicklung, Ausbildung und Qualifizierung oder neue Berufsprofile.

Wir müssen aber – davon bin ich zutiefst überzeugt – noch einen Schritt weitergehen.

Wir müssen uns in die Entwicklung von Unternehmensstrategien für Deutschland einmischen.

Als Hauptkassierer trage ich die Verantwortung für die Finanzen der IG Metall.

Ich bin aber auch für die Arbeit der IG Metall in Industriebereichen verantwortlich, zum Beispiel für den Siemens-Konzern oder die Luft- und Raumfahrtindustrie.

Was passiert bei Siemens oder bei der Airbus-Gruppe?

Wie andere Konzerne versuchen sie sich weltweit aufzustellen.

Und dabei vor allem den Finanzmärkten und Aktionären zu gefallen.

Gesteuert wird deshalb auf Konzernebene nur über Finanzkennzahlen.

Diese kommen auf den unteren Ebenen des Unternehmens, aber auch bei Zulieferern als Vorgaben an.

Meistens geht es um Erhöhung der Produktivität durch geringere Personalkosten, um einen günstigeren Einkauf und weitere Einsparungen.

Um ein innovatives Klima, um die langfristige Entwicklung geht es meistens nicht.

Und oft beißen sich die Vorgaben von oben auch mit den Notwendigkeiten von unten.

Bei Airbus müssen Standorte etwa auf Ansage von oben Personal reduzieren, obwohl der Auftragseingang und die Überstunden nach Neueinstellungen schreien.

Kolleginnen und Kollegen,

das passiert eben, wenn sich Unternehmen vor allem kurzfristig auf Quartalszahlen und Aktienkurse ausrichten, um den Analysten zu gefallen.

Mit nachhaltigem Wirtschaften hat das alles nichts zu tun.

Ich sage Euch: Je kurzfristiger das Management agiert, desto langfristiger muss das Handeln von Betriebsräten und Gewerkschaften angelegt sein.

Wenn das Management sich immer mehr auf – oft kurzsichtige – Kostensenkungen reduziert, dann müssen wir uns mehr und weitsichtig der Innovation, der Forschung und Entwicklung annehmen.

Kolleginnen und Kollegen,

wir müssen die Internationalisierung von Unternehmen und Wertschöpfungsketten mitgestalten. Und zwar mit dem Menschen im Mittelpunkt!

Und dafür brauchen wir als Grundlage Strategien für die Entwicklung der Standorte und Wertschöpfungsketten in Deutschland.

Bei Siemens zum Beispiel haben wir als IG Metall die Strategie 2020 entwickelt. Wir wollen, dass Siemens den deutschen und europäischen Markt nicht vernachlässigt, sondern als Leitmarkt versteht, wo neue Lösungen nicht nur als Referenz eingesetzt, sondern auch Pionierleistungen vollbracht werden.

Wir wollen, dass sich Siemens wieder auf die Stärken der deutschen Industrie besinnen:

- Innovationsstärke durch enge Koppelung von Entwicklung und Produktion
- hochqualifizierte Fachkräfte und anwendungsorientierte Ingenieurskultur
- Qualitätsbewusstsein – und
- regionale Innovationssysteme und Cluster

Auf dieser Basis könnte – erstens – in Deutschland eine Hochqualitätsproduktion etabliert werden, deren Produktionsstätten – zweitens – eine Vorreiterrolle im internationalen Wertschöpfungsnetzwerk einnehmen.

Die Produktionswerke in Deutschland wären Leitwerke in dem Sinne, dass Ingenieure aus Forschung und Entwicklung gemeinsam mit den Produktionsexperten innovative Verfahren und neue Fertigungen testen.

Laufen diese stabil, könnten sie auf andere Standorte übertragen werden.

Kolleginnen und Kollegen,

„die Zukunft der Arbeit gestalten wir!“

Wenn wir unser heutiges Motto ernst nehmen,

- dann müssen wir an die Unternehmensstrategien ran!
- dann müssen wir genau hinschauen, was in anderen Ländern passiert und wie Unternehmen aus Deutschland dort agieren
- dann müssen wir Initiativen ergreifen, damit die politischen Rahmenbedingungen weiterentwickelt werden
- dann müssen wir für den Ausbau der Mitbestimmung kämpfen

Kolleginnen und Kollegen,

als Gewerkschaften stehen wir

- für faire Löhne – gegen Lohndumping
- für sichere Jobs – gegen prekäre Beschäftigung
- für gute Arbeit – gegen Arbeit, die krank macht
- für gute Renten – gegen Altersarmut
- für Toleranz – gegen Hass und Rassismus
- für ein soziales Europa – gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten

Vielen Dank!